

Die handelspolitischen Beziehungen der Monarchie nach dem Kriege.

Wien, 26. April.

Wie eine Reihe anderer wirtschaftlicher Körperschaften, hat sich auch der Zentralverband der Industriellen mit der Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen nach Wiederherstellung des Friedens beschäftigt. Wie verlautet, hat der Zentralverband an seine Mitgliedsverbände folgendes Rundschreiben gerichtet:

„Das leitende Komitee des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs hat sich mit der Frage der Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen der Monarchie nach dem Kriege befaßt und ist zu der Anschauung gelangt, daß es verfrüht wäre, sich vor Beendigung des Krieges auf ein bestimmtes handelspolitisches Programm festzulegen. Selbst irgendwelche Vorverhandlungen mit auswärtigen Faktoren sind nicht am Platze, bevor nicht das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn vollkommen klargestellt und dauernd gesichert ist. Dagegen müssen schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen und alle Materialien gesammelt werden, die zur Aufstellung und Begründung der handelspolitischen Forderungen der Industrie beim künftigen Friedensschlusse maßgebend sein werden. Nur auf Grund einer solchen Detailarbeit wird sich ein richtiges Urteil über Maß und Richtung dieser Forderungen fällen lassen. Auch läßt sich schon heute auf Grund der voraussichtlich eintretenden wirtschaftspolitischen Folgen des Weltkrieges und der Gestaltung der industriellen und Exportverhältnisse Oesterreichs seit dem Jahre 1906 feststellen, daß die Teilnahme der Monarchie an der Schaffung eines großen Wirtschaftsgebietes, die Herstellung möglichst enger wirtschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten und eine Erweiterung unserer wirtschaftlichen Einflusssphäre im Südosten der Monarchie geboten sind. Auch ist es selbstverständlich, daß die enge Bundesgenossenschaft und Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reiche auch auf wirtschaftlichem Gebiete zum Ausdruck gelangen muß. Diese wünschenswerte wirtschaftliche Annäherung muß den Gegenstand sorgfältiger Erwägung in den Kreisen der heimischen Industrie bilden und es muß als Grundsatz gelten, sie so weit zu führen, als dies irgend möglich ist, ohne den unbedingt notwendigen Schutz der heimischen Produktion oder die Freiheit zu gefährden, den autonomen Zolltarif als Basis aller Vertragsverhandlungen unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen gemäß zu gestalten. Der Zentralverband beabsichtigt gemeinsam mit den berufenen Organisationen in aller kürzester Zeit die erforderlichen Vorerhebungen einzuleiten, ersucht den geehrten Verband heute schon, hinsichtlich aller Fragen, welche die dort vertretenen Industrien betreffen, an diesen Vorarbeiten teilzunehmen und rechnet auf seine werktätige Unterstützung.“

Die Versammlung des Teplitzer Industriellenverbandes.

Gestern wurde der Beschluß mitgeteilt, den die über Veranlassung der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer einberufene erweiterte Vorstandssitzung des Teplitzer Industriellenverbandes (Sektion Teplitz des Bundes Oesterreichischer Industrieller) hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland gefaßt hat. Zu der bereits veröffentlichten Mitteilung ist noch folgendes nachzutragen:

Die Debatte wurde von dem Vorsitzenden, dem Obmannstellvertreter des Teplitzer Industriellenverbandes Herrn Josef May Mühlig, eingeleitet, der folgendes ausführte: Es ist unsere Pflicht, dahin zu wirken, daß nach Beendigung des Krieges die Schäden und Gebrechen in unserem Wirtschaftsleben beseitigt werden. Es ist unsere Pflicht, zu verhindern, daß die Handhabung der Staatsgewalt nach dem Kriege nach den unermeßlichen Opfern wieder genau so Platz greife wie vordem und bisher. Was war bei dieser Betrachtung wohl naheliegender, als die Blicke nach dem Deutschen Reiche zu lenken, wo die Staatsmaschine mit einer Pünktlichkeit und mit einer Verlässlichkeit funktioniert, die als ideal bezeichnet werden kann. Was war naheliegender als der Wunsch, es mögen die gleichen Verhältnisse auch bei uns Platz greifen und es möge der Geist, der draußen im Deutschen Reiche herrscht, übertragen werden auf uns. Es war weiter naheliegend, daß nach Formen gesucht wurde, diesen Einfluß im reichsdeutschen Sinne auf uns herüberzulenkten. Und bei diesem Suchen wurde von Politikern wieder ein Gedanke aufgegriffen, der schon vor vielen Jahrzehnten, im Jahre 1849 zwischen den Staatsmännern Oesterreichs und Preußens zur Beratung stand, der Gedanke, beide Staaten zu einem wirtschaftlichen Gebiet zu vereinigen. Ich möchte Herrn Regierungsrat Carus nicht vorgehen und will mich daher ganz kurz fassen. Die Ansichten unserer Wirtschaftspolitiker, die für uns Industrielle vor den Berufspolitikern in Betracht kommen, sind geteilt. Die eine Gruppe vertritt die Ansicht, daß die österreicherische Industrie zu schwach ist, um die sie jetzt schützenden Zölle wesentlich reduzieren oder gar fallen lassen zu können und daß die Uebelstände in unserer Wirtschaftspolitik, wie eine verfehlte Steuerpolitik, eine verfehlte Tarifpolitik, eine verfehlte Staatsverwaltung und veraltete Bauordnungen viel zu tief Wurzel gefaßt hätten, um selbst nach dem Kriege in relativ kurzer Zeit beseitigt werden zu können. Die andere Gruppe vertritt die Meinung, daß die von allen Seiten zugegebenen und verurteilten Fehler in unserer Staatsverwaltung nur ausgerottet werden können unter einem gewissen Druck, der durch die Einflusnahme des Geistes, der im Deutschen Reiche besteht, herbeigeführt werden soll, daß unsere Zölle nicht wirkliche Schutzzölle, sondern eigentlich Finanzzölle seien, durch welche unsere Industrie wohl geschützt werde, ihr aber der große Innenkonsum durch die allgemeine Verteuerung nicht zuteil werde. Angesichts dieser Sachlage ist die Entscheidung für uns Industrielle äußerst schwierig und es ist unsere Pflicht, mit großer Vorsicht und Ueberlegung zu der räumlich unausweichlichen Frage Stellung zu nehmen. Unser Verband hat es sich besonders angelegen sein lassen, bald in